



In Bad Salzig, dem mit fast 2600 Einwohnern größten Bopparder Stadtteil, sind die Vorbehalte gegenüber der Einheitsgemeinde Boppard besonders groß. Eine von der Freien Wählergruppe favorisierte Bürgerbefragung über die Umwandlung der Einheitsgemeinde in eine Verbandsgemeinde stieß sicherlich bei vielen Bad Salzigern auf offene Ohren. Foto: Thomas Torkler

## VG Boppard? – Bürger sollen entscheiden

**Gebietsreform** FWG-Fraktion im Stadtrat will Klarheit

Von unserem Redakteur Wolfgang Wendling

■ **Boppard.** Die Bürger sollen entscheiden, ob Boppard eine verbandsfreie Stadt bleiben soll oder ob die Einheitsgemeinde in eine Verbandsgemeinde umgewandelt wird. Das wünscht sich die Freie Wählergruppe (FWG) Boppard und bittet den Stadtrat dazu um Unterstützung.

In der Sitzung am Montag, 28. Februar, soll der Stadtrat die Bürgerbefragung über den künftigen

Status von Boppard beschließen, und zwar „unabhängig von einer möglichen Fusion mit den benachbarten Verbandsgemeinden“, wie die FWG-Ratsmitglieder Jürgen Schneider und Heinz Klinkhammer in ihrem Antragstext betonen.

Die FWG hatte bereits im Januar 2009 den Stadtrat mit der „Bopparder Frage“ konfrontiert. Damals wurde ihr Antrag, prüfen zu lassen, inwieweit die Möglichkeit bestehe, die verbandsfreie Stadt aufzulösen und eine Verbandsgemeinde zu bilden, mit 17 zu 13 Stimmen abgemetzelt.

Für die FWG ist die Zeit nun reif, Boppard auf den Prüfstand zu stellen. Die Gräben innerhalb der Stadt Boppard seien noch tiefer ge-

worden, der Umgang zwischen Stadtverwaltung und Ortsbezirken lasse stark zu wünschen übrig. Zudem würden die Ortsbezirke „bewusst seitens der Verwaltungsspitze gegeneinander ausgespielt“. Die FWG nennt als Beispiel den von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2011. Die aus den Ortsbezirken eingebrachten Vorschläge hätten so gut wie keine Berücksichtigung gefunden.

In Gesprächen mit den Bürgern habe die FWG den Wunsch nach Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der einzelnen Ortsbezirke festgestellt. Auch hätten die Menschen erkannt, dass das „Bopparder System“ einer Neuordnung im Rheintal im Wege stehe.

Was die Kommunal- und Gebietsreform angeht, so hat das Innenministerium Ende des Jahres Gutachten über mögliche Fusionen von Gebietskörperschaften in Auftrag gegeben. Boppard ist gleich in vier Expertisen Prüfobjekt. So wird die Fusion der verbandsfreien Stadt sowohl mit der VG Rhens als auch mit der VG St. Goar-Oberwesel analysiert. Dann nehmen die Experten den möglichen Zusammenschluss einer Verbandsgemeinde Boppard mit Rhens wie auch mit St. Goar-Oberwesel unter die Lupe. Das Gutachten über den Zusammenschluss der VG St. Goar-Oberwesel mit der verbandsfreien Stadt Boppard liegt nach Information unserer Zeitung den betroffenen Verwaltungen bereits vor.

Boppard soll den Fusionsüberlegungen aufgeschlossen sein und die Gebietsreform als Chance verstehen, eine zukunftsfähige Kommunalstruktur aufzubauen, fordert die FWG. Sie stellt daher den Antrag, dass die Fraktionen im Stadtrat unter der Führung des Bürgermeisters ein Gremium bilden, das die Fusionsgespräche mit Rhens und St. Goar-Oberwesel führt. Dabei sollen auch sämtliche Ortsbeiräte beteiligt werden.

Hinsichtlich der Bürgerbefragung zum künftigen Status von Boppard rechnet die FWG fest damit, bei Bürgermeister Walter Bersch auf offene Ohren zu stoßen. Er habe schließlich auch bei der Mittelrheinbrücke für eine Befragung der Bürger plädiert.